



NEWSLETTER 02/2017

FORUM | MIGRATION



© northfields – Fotolia.com

21,5% weniger Lohn. Und im Alter?

Ausländer_innen haben 2015 im Schnitt 21,5 Prozent weniger verdient als Deutsche. 2000 lag diese Differenz erst bei 8,3 Prozent. Das ergibt sich aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken. Vollzeitbeschäftigte deutsche Staatsangehörige verdienten demnach 2015 im Mittel 3.141 Euro brutto monatlich, Ausländer_innen etwa 700 Euro weniger. In den letzten 15 Jahren kletterten die Löhne der Deutschen durchschnittlich um 32 Prozent – die von ausländischen Staatsangehörigen nur um 13 Prozent. Niedriger Lohn bedeutet niedrige Rente. Steuern nun alle Migrant_innen auf Altersarmut zu? Nein, sagt der Vorsitzende des Sachverständigenrates Migration, Professor Thomas K. Bauer.

Forum Migration: Professor Bauer, nach wie vor verdienen Migrant_innen erheblich weniger. Wie wahrscheinlich ist es, dass ihre Renten im Alter nicht reichen werden?

Thomas K. Bauer: Heute sehen wir unter den ausländischen Rentnerinnen und Rentnern 13 Prozent, die mit Sozialleistungen aufstocken müssen gegenüber 2 Prozent bei der deutschen Bevölkerung.

Differenziert man nach Herkunftsländern, ergibt sich jedoch ein sehr unterschiedliches Bild. Personen aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien etwa haben größere Probleme: Sie haben häufig unterbrochene Erwerbsbiografien, arbeiteten oft zu niedrigen Löhnen. In der Vergangenheit hatten Rentner aus diesen Ländern im Schnitt 44 Prozent weniger Einkommen zur Verfügung als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund und bezogen häufiger zusätzlich zur Rente Sozialleistungen. Auch Spätaussiedler und -aussiedlerinnen, die in mittlerem Alter eingewandert sind, beziehen als Rentner und Rentnerinnen im Schnitt häufiger Transferleistungen. Bedingt durch geringere Arbeitsmarktpartizipation und niedrigere Löhne sind die Probleme bei Frauen durchweg größer. Sehr viel besser sieht es zum Teil bei Zuwandererinnen und Zuwanderern aus westlichen Staaten oder einigen Ländern außerhalb Europas aus, ebenso bei den Eingebürgerten. Hier kommt eine positive Selektion zum Tragen. In den nächsten Jahren werden allerdings größere Kohorten von Zuwanderern ins Rentenalter eintreten. Es ist zu erwarten, dass die Zahl jener mit geringen Rentenansparungen daher insgesamt ansteigen wird.

Fortsetzung auf Seite 3

INHALT 02/2017

21,5% weniger Lohn. Und im Alter?	1
Anlernen war nicht mehr nötig	2
Beratung in ganz NRW	2
Anerkennungs-News	2
Regierung will Mindestlohn-Ausnahmen für Flüchtlinge	3
Wie viele Muslime leben im Land?	3
News + Termine	4
Menschen, die Schutz brauchen, niemals ablehnen – Dr. Alberto Friggieri, Botschafter der Republik Malta in Deutschland	5



Porträt Anerkennung: Christian Henjes, Zahntechniker, Hamburg

Anlernen war nicht mehr nötig

Es dauerte keine zwei Wochen, dann war aus einem Praktikum eine feste Stelle geworden. „Sie hat sich ausgesprochen talentiert gezeigt“, sagt der Hamburger Laborinhaber über seine Beschäftigte, die Albanerin Elda Vladi. Die Vorkenntnisse, mit denen die Zahntechnikerin zu ihm kam, seien „auch bei Deutschen nicht so selbstverständlich“.

Der Hamburger Elbcampus, das Bildungszentrum der Handwerkskammer Hamburg, hatte die junge Frau an Henjes vermittelt. Lange schon hatte Vladi sich darauf vorbereitet, zu ihrem Mann nach Hamburg zu ziehen. Nach einer dreijährigen Ausbildung und fünf Jahren Berufspraxis hatte Vladi in ihrer Heimatstadt Tirana Deutsch gelernt. Auf dem Elbcampus besuchte sie einen Integrationskurs. Dann beantragte sie bei der Handwerkskammer die Anerkennung der Gleichwertigkeit ihrer Qualifikation. Das Ergebnis: Vladi konnte fast alles, was eine Zahntechnikerin können muss. Nur bei den Themen „Qualitätsmanagement“ und „Arbeitsplanung“ stellten die Prüfer Lücken fest.

Henjes hatte sich beim Elbcampus auf einer Liste von Betrieben eintragen lassen, die bereit sind, Quereinsteiger wie Vladi während ihrer Nachqualifizierung zu beschäftigen. Eigentlich sollte Vladi nur für eine zweiwöchige Orientierungsphase zu ihm kommen. Doch ähnlich wie in anderen Branchen sind auch bei Zahntechnikern_innen Fachkräfte rar. Henjes braucht nicht lange, um zu erkennen, wie wertvoll Vladi für seinen Betrieb sein würde. Sie hatte sich in Albanien auf die Verarbeitung bestimmter Kunststoffe spezialisiert – genau dafür suchte Henjes jemanden. Anlernen brauchte er sie nicht mehr, eher auf seinen Betrieb „einstimmen“, wie er sagt.

Statt die Frau aus Albanien wie sonst in solchen Fällen üblich bis zur vollständigen Anerkennung nur als schlechter entlohnte Assistentin zu beschäftigen, richtete er sofort eine reguläre Stelle für sie ein. Vladi besuchte parallel weiterhin den Elbcampus für Deutschkurse, nach wenigen Monaten bescheinigte Henjes ihr auch die fehlenden Kenntnisse. Daraufhin erkannte die Handwerkskammer die volle Gleichwertigkeit ihrer Ausbildung an.

„Das ganze Verfahren war wesentlich unkomplizierter als man so hört“, sagt Henjes rückblickend. Geradezu „angenehm“ nennt er das Prozedere.

Beratung in ganz NRW

600 hatten sie erwartet, über 900 Menschen sind gekommen: Seit einem Jahr berät IQ Consult, eine Tochter des DGB Bildungswerk, Migrant_innen, die ihre ausländischen Qualifikationen anerkennen lassen wollen. „Der Bedarf ist sehr groß“, sagt Gülsah Tunali, die Leiterin des Kompetenzzentrums Kulturelle Vielfalt.

Die sechs Berater_innen decken alle 21 Agenturbezirke im Land Nordrhein-Westfalen ab. Drei Tage pro Woche bieten sie Beratung in den Hauptstandorten, Münster, Oberhausen/Essen, Iserlohn, Köln und Aachen an, den Rest der Zeit sind sie an Nebenstandorten präsent. Die Beratung findet in den bundesweit einmaligen „Integration Points“ (IP) statt: Arbeitsagentur, Jobcenter und Kommunalverwaltungen arbeiten dort gemeinsam für die schnelle Integration in den Arbeitsmarkt.

Die meisten Ratsuchenden seien Flüchtlinge, deren Asylverfahren noch andauert. Tunali rechnet deshalb mit weiterhin hoher Nachfrage: „Allein in Essen sind mehrere hundert Flüchtlinge ja noch nicht mal erfasst.“

Auch aus einer anderen Richtung nähmen die An-

fragen zu: Durch die Online-Präsenz des Projekts melden sich immer mehr Menschen aus der Türkei. „Sie suchen im Netz nach Informationen zur Anerkennung und finden unsere Webseite. Fast täglich bekomme ich solche Anrufe, die Menschen sprechen mich direkt auf Türkisch an.“ Durch die Repression nach dem Putsch würden viele Menschen darüber nachdenken, nach Deutschland zu gehen und strebten deshalb ein Anerkennungsverfahren an. „Die politische Situation in der Türkei spiegelt sich 1:1 bei uns wider.“ Dazu dürfte beigetragen haben, dass GEW und DGB Solidarität mit den verfolgten Kolleg_innen der Lehrgewerkschaft Eğitim Sen gezeigt hatten. „Es sind hauptsächlich Akademiker_innen und Lehrer_innen aus der Türkei, die bei uns anfragen. Die haben am ehesten unter Repression zu leiden.“

Unter den Ratsuchenden aus Deutschland sei das Bild anders: Hier dominierten die Ingenieure und Ingenieurinnen als größte Gruppe, gefolgt von Pflege- und Gesundheitsberufen. Immer öfter würden sich die Flüchtlinge untereinander von den Beratungsangeboten berichten. Um ein Jahr wurde das Projekt „Anerkannt“ verlängert.

Anerkennungs-News

Landesregierung Brandenburg will beschleunigen

Die Landesregierung von Brandenburg will die beruflichen Fähigkeiten von Geflüchteten schneller anerkennen. „Andere Länder kennen das System der dualen Berufsausbildung nicht. Gleichwohl haben die Leute in einer Auto-Reparaturwerkstatt, in einer Näherei oder als Köche gearbeitet und haben diese Kompetenzen“, sagte Wirtschaftsminister Albrecht Gerber (SPD). Zusammen mit den Kammern müsse man Wege für die Anerkennung finden, damit die Flüchtlinge entsprechend ihrer Fähigkeiten eingestellt und bezahlt werden könnten. „In allen Bereichen, ob Industrie oder Handwerk, sind Arbeitskräfte gefragt und viele Unternehmen finden Leute nicht mehr auf dem heimischen Ausbildungsmarkt“, sagte Gerber. Gut jeder dritte Betrieb habe in Umfragen den Fachkräftebedarf als erheblich geschildert. Gerber appellierte an Unternehmer, Flüchtlinge zu beschäftigen oder in Ausbildung zu bringen.

 <http://bit.ly/2jApWRR>

Flüchtlingsrat Niedersachsen will helfen

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen will Flüchtlingen dabei helfen, einen zu ihrer Qualifikation und ihrem Berufsabschluss passenden Job zu finden. Für viele sei die Anerkennung ihrer in der Heimat erworbenen

Berufsabschlüsse ein wichtiges Thema. Sie seien sich aber häufig unsicher, wie sie ein Anerkennungsverfahren finanzieren könnten oder ob ihre Dokumente vollständig seien. Mit dem neuen Projekt „Fokus Flucht“ wolle der Flüchtlingsrat ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessern. Vor allem geflüchtete Frauen bräuchten Hilfe bei ihrer beruflichen Orientierung, sagte die Leiterin des Projekts, Vivien Hellwig. Der Flüchtlingsrat bietet die Informationen vor allem in Form von Workshops an. Sie können von Flüchtlingsgruppen, Vereinen, Verbänden und Flüchtlingsinitiativen und als Unterrichtseinheit in Sprachkursen angefragt werden. Der Flüchtlingsrat gehört mit dem Projekt „Fokus Flucht“ zu einem Netzwerk von Anerkennungs- und Qualifizierungsberatungsstellen in Niedersachsen.

 <http://bit.ly/2jVL20A>





Fortsetzung von Seite 1

Werden sich manche das Leben in Deutschland nicht mehr leisten können?

Wir haben beobachtet, dass viele Migrantinnen und Migranten, die das Rentenalter erreichen, in die alte Heimat zurückgehen. 2009 lag dieser Anteil bei 60 Prozent. Da die Kaufkraft der deutschen Renten in den Herkunftsländern sehr viel höher ist, muss die Rentenhöhe dort nicht zwangsläufig ein Problem sein. Allerdings nimmt der Anteil derer, die zurückgehen, tendenziell ab.

Im letzten Jahr hieß es oft, die hohe Zuwanderung sei von Vorteil, weil die vielen jungen Menschen in die Sozialversicherungen einzahlen und so das Rentenniveau der Deutschen stützen. Wird das so kommen?

Nein. Die Hoffnung, dass die Zuwanderung des Jahres 2015 das Rentenproblem in Deutschland lösen wird, ist nicht berechtigt. Das war nur ein Schub. Es wäre anders, wenn sich dieses Zuwanderungsniveau verstetigen würde. Davon kann man aber nicht ausgehen. Auch die Nettozuwanderung aus der EU wird nachlassen, wenn sich die wirtschaftliche Si-

tuation insbesondere in den südlichen EU-Ländern wieder verbessert. Für einen spürbaren nachhaltigen Effekt in den Rentenkassen kommen also nach wie vor zu wenige Menschen.

Wie viele müssten es denn sein?

Es bräuchte eine Nettozuwanderung von 500.000 bis 800.000 jährlich, allein um die Erwerbsbevölkerung stabil zu halten.

Die Erwartungen sind also überfrachtet?

Eindeutig. Davor warnen wir schon lange. Die Nettozuwanderung, die notwendig wäre, ist politisch kaum umsetzbar. Daher kann Zuwanderung allein die Problematik des demografischen Wandels nicht lösen. Man wird da auch über längere Lebensarbeitszeiten und vor allem eine höhere Frauenerwerbstätigkeit sprechen müssen.

Was müsste geschehen, damit die jetzt Angekommenen später selbst sichere Renten haben?

Die Hälfte der Neuankömmlinge sind 25 Jahre und jünger. Bis zu ihrem Renteneintritt vergehen noch mindestens 40 Jahre. Was in dieser Zeit passiert, kann man nicht vorhersagen. Wichtig ist eine schnelle und nach-

haltige Integration in den Arbeitsmarkt. Hierfür sind wiederum Sprachkenntnisse und Weiterqualifikation zentral. Dem muss das ganze Bemühen gelten. Dann ist die Situation später sehr viel besser. Die Voraussetzungen dafür sind sehr unterschiedlich, die Menschen bringen sehr verschiedene Qualifikationen mit. Ein Teil kommt mit schlechter Schulausbildung, dann gibt es aber auch 60 Prozent, bei denen sieht es gar nicht mal so schlecht aus. Was vor allem fehlt, sind die mittleren Qualifikationen, etwa eine handwerkliche Berufsausbildung. Hinzu kommt das Problem, dass die Menschen oft keine Zertifikate vorlegen können. Hier muss das System der Kompetenzerfassung ausgebaut und das System der dualen Ausbildung flexibilisiert werden.

Prof. Dr. Thomas K. Bauer, Professor für Empirische Wirtschaftsforschung an der Ruhr-Universität Bochum, ist Vorsitzender des Sachverständigenrats Migration (SVR).

Die Antwort der Bundesregierung auf die Linken-Anfrage „Migration in der Arbeitswelt“: <http://bit.ly/2iXb3Z4>

BAMF Forschungsbericht 18 (2012): Ältere Migrantinnen und Migranten. <http://bit.ly/2jnRr3c>

Regierung will Mindestlohn-Ausnahmen für Flüchtlinge

Die Bundesregierung will Ausnahmen für Flüchtlinge und Zuwanderer beim Mindestlohn. Arbeits-, Finanz- und Bildungsministerium planen, dass dieser nicht gezahlt werden müsse, wenn die Beschäftigten sich zur Anerkennung eines ausländischen Berufsabschlusses in Deutschland nachqualifizieren. In dieser Zeit soll nur die deutlich niedrigere Ausbildungsvergütung fällig werden.

Nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung soll dies beispielsweise gelten, wenn ein syrischer Tischler ein neun Monate langes Praktikum absolviert, weil ihm für die Anerkennung seines Berufsabschlusses neun Monate Praxis fehlen. Die Bundesvereinigung

der Deutschen Arbeitgeberverbände argumentiert, der Mindestlohn von 8,84 Euro pro Stunde „bremst“ die Bereitschaft der Betriebe, solche Angebote zur Nachqualifizierung zu machen. DGB Vorstandsmitglied Stefan Körzell wies dies zurück. Der DGB habe die Ausnahmen im Mindestlohngesetz, etwa zu bestimmten Praktikantengruppen, von Anfang an kritisiert. Es sei schlimm genug, dass manche Unternehmen gerade Flüchtlinge, die sich mit ihren Rechten noch nicht auskennen, als billige Arbeitskräfte ausnutzen, so Körzell. Die Pläne der Regierung würden die Einfallstore zur Umgehung des Mindestlohns größer werden und nicht mehr kontrollierbar machen. „Wir befürchten, dass klassische Einarbeitungsphasen zu monatelangen betrieblichen Qualifizierungsphasen

und die Beschäftigten zu Pflicht-Praktikanten umdeklariert werden“, sagte Körzell. „Das kann Wasser auf die Mühlen der Rechtspopulisten sein, die gerne mit der Behauptung ‚Ausländer nehmen Deutschen die Arbeitsplätze weg, weil sie billiger zu haben sind‘ Stimmung gegen Flüchtlinge machen.“ Eine solche Debatte solle auf jeden Fall verhindert werden. Körzell schlägt vor, im Rahmen des Monitoring zum Anerkennungsgesetz zu klären, ob Berufspraxis tatsächlich so entscheidend für die Gleichwertigkeitsfeststellung ist und ob zum Nachholen der Berufspraxis eine Qualifizierungsphase notwendig ist. Die Alternative wäre eine Einarbeitungsphase. „Diese könnte im Rahmen einer Probezeit stattfinden und wäre mindestens mindestlohnpflichtig“, sagte Körzell.

Wie viele Muslime leben im Land?

So stark überschätzen Bewohner_innen westlicher Staaten den Bevölkerungsanteil von Muslimen (in Prozent)

	Differenz	Schätzwert	tatsächl. Wert
Frankreich	+24%	31%	7,5%
Italien	+17%	20%	3,7%
Deutschland	+16%	21%	5,0%
Belgien	+16%	21%	7,0%
USA	+16%	23%	7,0%
Russland	+14%	24%	10,0%
Schweden	+13%	17%	4,6%
Niederlande	+13%	19%	6,0%
Spanien	+11%	14%	2,1%
Großbritannien	+11%	16%	4,8%
Dänemark	+11%	15%	4,1%
Norwegen	+8%	12%	3,7%
Polen	+7%	7%	0,01%
Ungarn	+6%	6%	0,01%

Quelle: Umfrage IPSOS-Institut, repräsentative Online-Befragung von 27.250 Erwachsenen, September bis November 2016. <http://bit.ly/2jDtlYB>



News + Termine

EU-Kommission:

Volles Kindergeld für Ausländer_innen

SPD-Chef Sigmar Gabriel hat eine Kürzung des Kindergelds für EU-Ausländer_innen gefordert. Wenn die Kinder nicht in Deutschland lebten, sondern in ihrer Heimat, „sollte auch das Kindergeld auf dem Niveau des Heimatlandes ausgezahlt werden“, sagte Gabriel. Freizügigkeit dürfe nicht missbraucht werden, um in Sozialsysteme einzuwandern. Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) solle einen Vorschlag für eine solche Kürzung des Kindergelds vorlegen. Die EU-Kommission kritisierte dies. Bei ihrem Mitte Dezember vorgelegten Vorschlag zur Koordinierung der sozialen Sicherungssysteme habe sie sich „gegen eine Kopplung des Kindergelds an das Lebenshaltungsniveau des Landes entschieden, in dem die Kinder leben“, sagte der Vizepräsident der EU-Kommission, Jyrki Katainen. Wer etwa in Deutschland arbeitet, Steuern und Abgaben zahlt, „darf nicht diskriminiert werden und muss die gleichen Sozialleistungen erhalten wie alle anderen Arbeitnehmer“, so Katainen.

Neuer Vorschlag der EU-Kommission zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit <http://bit.ly/2hLFYE>

CDU: Parteitag stellt Doppelpass in Frage

Die CDU will die geltende Regelung zur doppelten Staatsbürgerschaft rückgängig machen. Der Parteitag in Essen stimmte mit knapper Mehrheit für die Abschaffung der Optionspflicht für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern. Die Parteibasis stellte sich damit gegen die Empfehlung der Parteispitze. Bundesinnenminister Thomas de Maizièr hatte in Essen zuvor vergebens für den mit der SPD getroffenen Kompromiss geworben. Es gebe derzeit keine politischen Mehrheiten für eine Änderung, argumentierte er. Zudem würde ein Zurückdrehen einen Teil der Betroffenen „vor den Kopf stoßen“. Die derzeit geltende Regelung sieht vor, dass in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern unter Bedingungen beide Pässe behalten können. Die CSU begrüßte den Beschluss, der Bundesvorsitzende der Türkischen Gemeinde, Gökyay Sofuoğlu, sagte, damit verliere die CDU „nicht nur die Nerven, sondern auch ihre eigenen Werte“.

BAMF 1: Anerkennungsquote so hoch wie nie

Im Jahr 2016 hat das BAMF über die Anträge von 695.733 Personen entschieden. Dies ist ein Anstieg von circa 146 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Auch die Zahl der Anerkennungen lag hoch wie nie – rund 63 Prozent aller Asylsuchenden bekamen Schutz. Insgesamt nahm das BAMF 745.545 Anträge entgegen, rund die Hälfte mehr als im Vorjahr. Etwa zwei Drittel aller Flüchtlinge stammten aus Syrien, Afghanistan, Irak, Iran und Eritrea.

<http://bit.ly/2jfpwAw>

BAMF 2: Jutta Cordt ist die neue Chefin

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat eine neue Spitze. Bundesinnenminister Thomas de Maizièr (CDU) ernannte Jutta Cordt zur

neuen Präsidentin der Behörde. Die 53-Jährige folgt auf Frank-Jürgen Weise, der die Aufgabe parallel zu seiner Tätigkeit als Vorsitzender der Bundesagentur für Arbeit (BA) ausübte. Cordt war zuvor mehr als 20 Jahre bei der BA beschäftigt. Sie will die 434.000 Asylanträge aus den Vorjahren bereits in den kommenden Monaten abgearbeitet haben. „Wir setzen uns zum Ziel, dass wir bis Ende des Frühjahrs die noch offenen Verfahren rückstandsfrei abarbeiten.“

<http://bit.ly/2jTU6yO>

IAB: 2016 fanden nur sehr wenige Flüchtlinge einen Job

Von Dezember 2015 bis November 2016 schafften 34.000 Einwanderer aus den acht wichtigsten nichteuropäischen Asylherkunftsländern den Schritt in den ersten Arbeitsmarkt. 57 Prozent davon arbeiteten in der Leiharbeit, anderen wirtschaftsnahen Dienstleistungen und im Gastgewerbe, so der Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Jochen Möller. 406.000 arbeitssuchende Flüchtlinge sind bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern registriert, 160.000 davon als arbeitslos erfasst. Im Ein-Euro-Job-Programm für Flüchtlinge gibt es rund vier Monate nach dem Start noch weit weniger solcher Arbeitsgelegenheiten als insgesamt geplant. „Nach ersten Zahlen entstanden bisher rund 5.000“, sagte Möller. Das von Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) initiierte Programm startete am 1. August und soll 100.000 öffentlich geförderte Jobs für Flüchtlinge schaffen. Durch die Flüchtlingsmigration entstanden laut Möller zwischen 50.000 und 60.000 Arbeitsplätze – etwa am Bau, bei außerschulischen Lehrertätigkeiten und Sprachlehrern, Wachleuten, Sozialarbeitern und in der öffentlichen Verwaltung.

IAB Zuwanderungsmonitor Dezember 2016:

<http://bit.ly/2iZ3z84>

Ausbildung für Flüchtlinge: Expertengruppe sieht Mängel

Eine Expertenkommission zu Migrationsfragen der Robert-Bosch-Stiftung hat einen weiteren Ausbau der Integrations- und Sprachkurse für Flüchtlinge gefordert. Noch immer übersteige die Nachfrage das Angebot, sagte der Kommissionsvorsitzende, der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Armin Laschet. Vor allem bei den Volkshochschulen in größeren Städten gebe es Kapazitätsengpässe. Nachholbedarf gibt es bei der Zeitspanne zwischen Antragstellung und Schulzugang von Flüchtlingskindern. Die in der EU-Aufnahmerichtlinie empfohlenen drei Monate können bisher nicht flächendeckend gewährleistet werden. An Berufsschulen behindern strukturelle Hürden jugendliche Flüchtlinge, die nicht mehr schulpflichtig sind, den Zugang. Die Kommission empfiehlt, junge Erwachsene bis zu einem Alter von 21 Jahren aufzunehmen, in Ausnahmefällen bis zu 25 Jahren, und sie nach bayerischem Vorbild in das duale System zu integrieren.

<http://bit.ly/2jpx2Lq>

Überarbeitung: Broschüre

„Flucht. Asyl. Menschenwürde“ des DGB

Nach den weit reichenden gesetzlichen Veränderungen in der Asylgesetzgebung ist die DGB Handreichung „Flucht. Asyl. Menschenwürde“ überarbeitet worden. In der Neuauflage werden die neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Zugang zu Bildung, Ausbildung und Beschäftigung von Geflüchteten erklärt. Zudem werden Förderinstrumente und -programme vorgestellt sowie Kontakte zu Beratungs- und Informationsstellen aufgelistet. Sie steht kostenlos zum Download bereit und kann in gedruckter Form bestellt werden.

<http://bit.ly/2jQ3Ue>

Mentor_innenausbildung für Grundbildung und Alphabetisierung in der Arbeitswelt Nordrhein-Westfalen

Teil I: 10. bis 11. März 2017

Teil II: 17. bis 18. März 2017

Veranstaltungsort: NN

Hessen-Thüringen und Rheinland-Pfalz/Saarland

Teil I: 17. bis 18. März 2017

Teil II: 24. bis 25. März 2017

Veranstaltungsort: Kassel

Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und

Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt

Teil I: 31. März bis 01. April 2017

Teil II: 07. bis 08. April 2017

Veranstaltungsort: Hamburg

Berlin-Brandenburg und Sachsen

Teil I: 28. bis 29. April 2017

Teil II: 05. bis 06. Mai 2017

Veranstaltungsort: Berlin

Grundlagenseminar im Rahmen der Ausbildung zur betrieblichen Fachkraft ANERKENNUNG

07. Mai 2017

Veranstaltungsort: Hattingen

Weiterbildung zur Lernberaterin/zum Lernberater für Grundbildung und Alphabetisierung in der Arbeitswelt

18. bis 20. Mai 2017

Veranstaltungsort: Hattingen

Faire Mobilität – Ausbeutung und Lohndumping verhindern. Train-the-Trainer-Seminar

12. bis 14. Juli 2017

Veranstaltungsort: Hattingen

Infos und Anmeldung für alle Veranstaltungen:

<http://bit.ly/1Jv9okq>



Menschen, die Schutz brauchen, niemals ablehnen



© Foto: M. El Sauaf (Bildjournalist) DVB

Kommentar von Dr. Alberto Friggieri, Botschafter der Republik Malta in Deutschland. Malta nahm am 1. Januar 2017 den Vorsitz des EU-Rates ein.

Die Flüchtlingsherausforderung kennen wir in Malta sehr gut. Die ersten Flüchtlinge kamen schon 2002 bei uns an. Man sprach damals meistens von „irregulären Einwanderern“. Sie strandeten an Malts Küste oder wurden durch unsere kleine Küstenwache gerettet und an Land gebracht.

Malta ist der Mitgliedstaat, der die meisten Zuwanderer pro Kopf beherbergt. Und wir haben auch eine der höchsten Anerkennungsraten für Asylanträge. Momentan kommen weniger Flüchtlinge bei uns an, aber das kann sich rasch ändern. Malta hält sich an den Verteilungsmechanismus und nimmt Flüchtlinge von Italien und Griechenland auf.

Wir haben seit vielen Jahren betont, dass die Flüchtlingsherausforderung nicht nur die europäischen Mittelmeeranrainerstaaten betrifft. Als die Flüchtlingswelle im Mittelmeer größer wurde, sagte Malta – wie die anderen Anrainer auch – dass die Einwanderung eine Herausforderung für Europa, für die EU als Ganzes sei. Malta hat die nicht direkt betroffenen Mitgliedstaaten stets um Solidarität gebeten. Lange Jahre haben wir kaum Unterstützung erhalten. Wir mussten es alleine bewältigen. Dann kamen Flüchtlinge und Migranten über die Balkanroute und erreichten Länder, die vorher kaum betroffen waren. Erst dann – aber dann ziemlich rasch – wurde die Frage als die größte Bewährungsprobe in der Geschichte der EU anerkannt.

Wir glauben heute immer noch: Wir müssen in Europa angesichts dieser Herausforderung eng zu-

sammenhalten, so wie wir in der Finanzkrise und angesichts anderer schwieriger Situationen in der Vergangenheit zusammenhielten. Natürlich müssen wir unsere Außengrenzen besser schützen. Und doch werden wir Personen in Not retten und so gut es geht helfen – das ist eine moralische und eine rechtliche Pflicht. Malta wird Menschen, die Schutz brauchen, niemals ablehnen.

Ein Hauptziel unserer im Januar aufgenommenen EU-Ratspräsidentschaft ist deshalb die Stärkung und Straffung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, damit eine gerechtere Verteilung der Migrationslast zwischen den Mitgliedstaaten erzielt werden kann. Die Dublin-Verordnung, wonach das Land für die Aufnahme von Flüchtlingen zuständig ist, das sie zuerst erreichen, ist angesichts der großen Anzahl von Hilfesuchenden nicht angemessen.

Auf dem EU-Afrika-Migrationsgipfel in Malta im November 2015 wurde an dem Konzept gearbeitet, wonach die Regierungen von afrikanischen Staaten, aus denen viele Flüchtlinge stammen oder die als Transitländer dienen, gebeten und ermutigt wurden, mitzuwirken. Zusammen mit der Europäischen Kommission wird sich Malta um den Ausbau dieser Partnerschaften bemühen. Der externe Investitionsplan der EU muss ausgebaut werden; unsere Politiker in Malta sprachen in der Vergangenheit manchmal von einem „Marshall-Plan“ für gewisse Länder Afrikas. In diesem Monat wird in Malta ein Folgetreffen stattfinden, um den Fortschritt seit dem EU-Afrika-Gipfel vom Herbst 2015 zu prüfen und Folgeschritte zu vereinbaren.

Wir müssen die Menschenhändler bekämpfen. Und wir müssen praktische legale Wege der Einwanderung in Mitgliedstaaten ermöglichen, die Menschen

aufnehmen können. Wir möchten, dass das EASO (European Asylum Support Office), das seinen Sitz in Malta hat, in eine vollwertige Agentur der EU umgestaltet und zu einem wichtigen Element für die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems wird.

Es handelt sich also um einen breiten Komplex von Herausforderungen. Aber auch hier, wie bei der Lastenverteilung, müssen alle EU-Mitgliedstaaten zusammenhalten und eine gemeinsame Front bilden. Natürlich kann man diesen Problemen den Rücken kehren und sagen, das Ganze geht mich nichts an. Die Probleme sollen die Anderen lösen. Das ist aber sicherlich nicht die Idee einer Gemeinschaft wie die der Europäischen Union. Wir sind doch in einer Union, um uns gegenseitig zu unterstützen.

Was sollen wir in Malta, oder was sollen die Menschen auf der italienischen Insel Lampedusa tun, wenn Menschen halbtot an unseren Küsten stranden oder dabei sind zu ertrinken? Sollen wir etwa so tun, als ob wir sie nicht wahrnehmen, als ob das keine Menschen wären? Das tun wir nicht einmal Delfinen an. Wenn Delfine sich verirren und an unseren Küsten stranden, tun wir alles Mögliche, um ihnen zu helfen. Sollen wir den Menschen in Not unsere Hilfe verweigern?

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Daniel Weber
Koordination: Michaela Dälken
Redaktion: Christian Jakob, Berlin
Layout/Satz: ideaal, Essen
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk BUND e.V.
Bereich Migration & Gleichberechtigung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 88
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

Artikel zum Themenfeld Anerkennung im Rahmen des Projektes ANERKANNT gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung.

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

